

UNI-REPORT

JOHANN-WOLFGANG-GOETHE-UNIVERSITÄT-FRANKFURT

24.2.1972

KEINE SOLIDARISIERUNG MIT DEN STÖRERN

Entgegen Befürchtungen, die von verschiedener Seiten vor dem Polizeieinsatz geäußert wurden, haben die Studenten der Johann WolfgangGoethe-Universität sich nicht mit der kleinen Gruppe von etwa 400 linsextremen Störern solidarisiert. Man kann davon ausgehen, daß sich höchstens 250 Studenten an den Auseinandersetzungen mit der Polizei beteiligt haben. Ein erheblicher Teil der Störer ist ohne Zweifel nicht Student. Setzt man die Zahl der Studenten, die Auseinandersetzungen mit der Polizei suchten, mit der Gesamtzahl von 17 000 in Beziehung, so

ergibt sich, daß sich weniger als zwei Prozent beteiligt haben und mehr als 98 Prozent den Streik- und Kampfparolen der linksextremen Gruppen nicht gefolgt sind. Diese erfreuliche Bilanz wird auch nicht dadurch getrübt, daß im Augenblick Semesterferien sind. Nach wie vor ist der überwiegende Teil der Studenten, also mindestens 8000, in Frankfurt. Der Präsident dankt den Studenten für ihre besonnene Haltung, mit der sie zum Ausdruck gebracht haben, daß sie nach wie vor Vertrauen haben, daß die berechtigten Forderungen der Studenten im Rahmen der vom hessischen Universitätsgesetz geschaffenen Gremien zum Zuge kommen.

Osswald verurteilt uebergriffe

die uebergriffe der letzten tage an der johann wolfgang goethe - universitaet hat am mittwoch ministerpraesident osswald in bad hersfeld verurteilt. er lehnte mit entschiedenheit jede form von gewaltanwendung im zusammenhang mit der verfolgung politischer ziele ab: "steine sind keine argumente in politischen auseinandersetzungen". osswald bezeichnete die an den ausschreibungen beteiligten studenten als eine, verglichen mit der gesamtzahl der studierenden, verschwindend kleine minderheit, die es darauf anlege, unter missachtung des willens der breiten mehrheit der studenten und der hessischen bevoelkerung durch androhung und anwendung von terror, die funktionsfaehigkeit der gewaehlten organe der frankfurter universitaet zu beeintraechtigen. diese handlungsweise sei um so verantwortungsloser und verwerflicher, als die hessische landesregierung mit den als fortschrittlich anerkannten hessischen hochschulgesetzen allen gruppen ein hoechstmass demokratischer mitwirkungs- und mitbestimmungsrechte und damit auch einen vertrauensvorschuss in die integrationsfaehigkeit und in das verantwortungsbewusstsein der an der selbstverwaltung beteiligten eingeraeumt habe.

der ministerpraesident, der sich voll hinter die von dem frankfurter universitaetspraesidenten kanzenbach zum schutze der zur mitarbeit bereiten studenten ergriffenen massnahmen stellte, forderte alle an der selbstverwaltung beteiligten gruppen an den hessischen universitaeten und hochschulen auf, sich entschlossen an ungesetzlichen handlungen einer verantwortungslosen kleinen minderheit entgegenzustellen und durch eine positive mitarbeit auch in den universitaeren gremien - dazu beizutragen, dass der den hochschulen vom hessischen gesetzgeber gewollt zugestandene freiheitsraum voll gewahrt bleibe. nur durch eine solche bereitschaft aller gruppen liesse sich die den universitaeten und hochschulen eingeraeumte autonomie in ihrer derzeitigen form auch fuer die zukunft gewaehrleisten. eine aenderung der hessischen hochschulgesetze vor verabschiedung eines entsprechenden bundesrahmengesetzes lehnte der ministerpraesident - wie auch kuerzlich die vier hessischen universitaetspraesidenten - ab. ++

vgl. in der 6. reihe: an den ausschreibungen - u s w +

''pressemeldung des kultusminister vom 23. februar 1972 nr 27/72''

zahl der schreibwilligen studenten nimmt zu

da in der presse zum teil verschiedene zahlen ueber klausurteilnehmer an der universitaet frankfurt/main im bereich wirtschaftswissenschaften publiziert wurden, weist der hessische kultusminister auf folgendes hin:

wahrend am montag zunaechst 25 studenten von dem angebot, die klausur zu schreiben, gebrauch machten, erhoehte sich die zahl der studenten am dienstag auf 41 und am mittwoch auf 56. bisher wurden also ueber 100 klausuren geschrieben. damit wird deutlich, dass immer mehr studenten erkennen, dass sie von ihrem recht, leistungsnachweise im sinne der geltenden bestimmungen zu erbringen, gebrauch machen koennen.

die polizei wird auch fuer die weiteren klausurtermine im laufe dieser woche den schutz der studenten uebernehmen, die die klausuren schreiben wollen. es handelt sich hier um sogenannte pro-naedeutische klausuren, durch die grundkenntnisse in wirtschaftsrechnen, finanzmathematik, buchhaltung und statistik nachgewiesen werden, um das spaetere studium mit diesen eher technischen fertigkeiten nicht zu belasten sowie um klausuren im rahmen einer zwischenpruefungsordnung.

unterschrift: kettner'''+

pressemittlung

am diensttag, den 22.2.1972 war die landtagsfraktion der cdu unter leitung von herrn dr. dregger in der universitaet, um sich ueber den polizeieinsatz zum schutz der klausurarbeiten des fachbereichs wirtschaftswissenschaften zu informieren. der universitaetspraesident unterrichtete die landtagsabgeordneten ueber die vorgeschichte und die gegenwaertige situation an der universitaet. zwischen den gespraechspartnern bestand einigkeit darueber, dass die gewaltsam durchsetzung ultimativer forderungen durch linksextreme gruppen, wie sie in den stoerungen der pruefungen im fachbereich wirtschaftswissenschaften versucht wurden, verhindert werden muessten. aus diesem grunde sei der polizeieinsatz gerechtfertigt. der praesident teilt jedoch nicht die auffassung der c d u , dass diese konflikte durch das hessische universitaetsgesetz gefoerdert wuerden. im gegenteil die wiederholten gewaltsamen aktionen der linksextremisten gegen die gesetzmaessigen organe der universitaet beweisen, dass diese organe sich nicht den forderungen der extremisten zu beugen bereit sind . der praesident weist in diesem zusammenhang ferner darauf hin, dass der polizeieinsatz vorher mit dem kultusminister abgesprochen wurde und dass ein vertreter des kultusministers am montag, den 21.2. und am mittwoch, den 23.2. , die universitaet besuchte und mit dem praesidenten die lage eroerterte.

dr. erhard kantzenbach
praesident der johann wolfgang goethe - universitaet

das dekanskollegium nimmt zur 'erklaerung zum streik' von fachbereichsmitgliedern wie folgt stellung:

1. das dekanskollegium ist mit den verfassern der erklaerung der meinung, die gueltige hochschulgesetzgebung darauf ausgerichtet ist, universitaere konflikte in gremien zu klaeren. aus diesem grund hat die fachbereichskonferenz in ihrer sitzung am 9.2.1972 eine absichtserklaerung gegeben, die in den beschlussen des lehr-undstudienausschusses bestaetigt und konkretisiert werden soll. es liegt im lehr-und studienausschuss zur zeit noch kein beschliessbarer aenderungsentwurf fuer die diplomspruefungsordnung vor.

gerade wenn man von ausgeht, dass die universitaeren konflikte in gremien geklaert werden sollen, ist es nicht moeglich, zu dulden, dass durch einsatz von gewalt rechtsansprueche von universitaetsmitgliedern beeintraechtigt werden. es sind sieben klausuren ohne polizeieinsatz versucht worden. alle diese versuche sind gestoert worden.

der polizeieinsatz ist weder vom dekanskollegium, noch von den hochschullehrerb des fachbereichs angesetzt worden. die alleinige kompetenz hierzu liegt beim praesidenten. desssen ungeachtet war das dekanskollegium der meinung, dass nach sieben missglueckten versuchen, die klausuren zu schreiben, der polizeieinsatz die ultima ratio war. wir muessen zurueckweisen, dass realistische chancen zur konfliktvermeidung nicht genutzt wurden. das dekanskollegium hat in wochenlangen verhandlungen mit dem streikrat und studentischen vertretern in der fachbereichskonferenz versucht, loesungen herbeizufuehren. diese sind alle daran gescheitert, dass die kompetenz der verhandlungspartner nicht zu klaeren war.

2. aufgrund der in der 'erklaerung zum streik' enthaltenen bitte auf einberufung einer fachbereichskonferenz haben wir fuer mittwoch, den 1.3.1972 eine fachbereichskonferenz einberufen .

p die dekane des fachbereichs wirtschaftswissenschaften

KEINE STÖRUNGEN DER KLAUSUREN MEHR

Nachdem am Montag, Dienstag und Mittwoch dieser Woche etwa 400 Störer darunter etwa 250 Studenten, erfolglos versucht hatten, das Schreiben von Klausuren im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften zu verhindern, kam es am Donnerstag nicht mehr zu Störungsversuchen. Die Störer mußten einsehen, daß sie am entschlossenen Widerstand gegen die Gewalt gescheitert waren.

Heute haben 30 Studenten an den Klausuren teilgenommen, das ist etwa die Hälfte der Studenten, die diese Klausur maximal mitschreiben konnten. Berücksichtigt man, daß den Studenten mitgeteilt worden war, daß diese Klausuren auch am Beginn des Sommersemesters angeboten werden und daß eine große Zahl Studenten arbeiten oder sich außerhalb Frankfurts aufhalten, so kann man den Schluß ziehen, daß fast alle betroffenen Studenten den Streikparolen nicht folgen.

Alle schreibwilligen Studenten konnten heute unbehelligt die Universität betreten. Der Präsident wird dafür Sorge tragen, daß auch am Freitag und Samstag alle schreibwilligen Studenten Zugang zu den Klausuren erhalten.

Der Präsident begrüßt es, daß in Flugblättern, die heute von linksgerichteten Studentengruppen auf dem Universitätsgelände verteilt wurden, zu Mäßigung gegenüber der Polizei aufgerufen wurde. Er erklärt erneut seine Bereitschaft, auf weiteren Polizeischutz zu verzichten, wenn die gewählten Studentenvertreter klar zu erkennen geben, daß die Störungen nicht mehr fortgesetzt werden.